

[40-9.doc]

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**

Herr Vorsteher,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir trauern heute mit den Familien und Freunden der Opfer des grausamen Anschlags in Hanau. „Das Verbrechen macht im Grunde sprachlos und unendlich traurig“, hat der hessische Ministerpräsident treffend gesagt, und „wir sind an eurer Seite, das gilt für jeden in unserem Land, ganz egal, wo er herkommt und wie er aussieht“. Diesen Worten des Ministerpräsidenten schließen wir uns heute uneingeschränkt an. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung tritt mit der heute vorliegenden Resolution Rassismus, Hetze und Hass von Rechts entschieden entgegen.

Soweit wir heute wissen, hat es sich in Hanau um die Tat eines rassistischen Geisteskranken gehandelt. Von der Einbindung in eine Organisation, für die er gehandelt haben will, ist nichts bekannt. Anfang der Woche gab es auch eine Attacke auf den Faschingsumzug von Volkmarsen; da wissen wir noch gar nichts über eine mögliche Motivation des Täters. Gleichwohl stellen wir uns fast alle die bohrende Frage: Wie kommt es zu solch abscheulichen, zu solch irren Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Oder, wie es die Bild-Zeitung formuliert hat: „Was ist bloß los in unserem Land“?

Wir haben das Gefühl, solche verrückte Taten häufen sich. Der Amoklauf von Halle mit dem vorsätzlichen Angriff auf eine Synagoge und willkürlicher Hinrichtung auf offener Straße kommt uns sofort in den Sinn. Ich erinnere mich aber auch daran, dass erst vor sieben Monaten hier in Frankfurt ein Mann eine ihm wildfremde Mutter und ihr Kind vor einen ICE gestoßen hat. Das Kind hat nicht überlebt. Dieser Mann war kurzfristig eingereist und hat seit 2006 in der Schweiz gelebt. Geisteskrank, eher ja, Rassist eher nein. Damit können und werden wir uns aber trotzdem nicht abfinden. Wenn wir, die normalen und vernünftigen Menschen in diesem Land, weiter in Frieden, Sicherheit und Würde leben wollen, müssen wir uns die anstrengende Frage immer wieder neu beantworten: Was können wir tun, um solche Angriffe auf uns alle möglichst zu verhindern? Das Waffenrecht verschärfen? Seit dem Schulattentat von Erfurt und Robert Steinhäuser ist das schon geschehen. Trotzdem ist es natürlich richtig, auch solche Rechtsfragen immer wieder neu zu stellen, um zu schauen, ob es Korrekturbedarf gibt.

Man könnte auf die Idee kommen, das Internet abzuschalten. Das ist natürlich keine ernsthafte Alternative. Trotzdem ist für alle, die sich mit der Frage, wie es zu solchen Handlungen kommt, ernsthaft befassen, unbestreitbar, dass viele verrückte, viele böse Dinge im Internet geschehen oder zumindest ihren Anfang dort nehmen. Das Internet bringt auch einige Menschen erst auf ihre abwegigen Ideen; oder umgekehrt, Menschen mit ihren abwegigen Ideen leider erfolgreich zusammen. Das betrifft Reichsbürger, das betrifft Rechtsextremisten; die Gruppe kann man fortsetzen. Der richtige Weg ist deshalb sicherlich, Polizei und Justiz für ihre Arbeit auch in der digitalen Welt gut aufzustellen. Ich bin deshalb froh, dass in Hessen seit Beginn dieses Jahres ganz neu eine Meldeplattform „Hessen gegen Hetze“ am Netz ist und Bürger hier potenzielle Hasskommentare einfach und schnell über das Hessische Innenministerium auf allen Kanälen melden können. Hasskommentare und extremistische Internetinhalte müssen schnell erfasst werden und den Betroffenen muss eine unmittelbare und unkomplizierte Unterstützung gewährleistet werden. Es geht auch darum, effiziente Strafverfolgung durch eine verbesserte Sicherung eben gerade dieser beweisheblichen Daten in Gang zu setzen und sicherzustellen.

Doch wenn es um Hass und Hetze geht, müssen wir auch über die politischen Akteure in diesem Land und in dieser Stadt sprechen. Für verbale und reale Angriffe auf andere bereiten diejenigen den Weg, die die Menschenwürde nicht mehr allen Menschen in derselben Weise zugestehen. Das sind alle, die gerne Feindbilder aufbauen, rechts wie links, meine Damen und Herren.

(Beifall, Zurufe)

Der rechte Rand tut das regelmäßig mit Migranten, der linke Rand hat ein gestörtes und fratzenhaft verzerrtes Polizistenbild. Das haben wir hier immer wieder zu hören bekommen.

(Beifall, Zurufe)

Beides senkt Hemmschwellen und trägt dazu bei, dass die CDU hier in Frankfurt, aber auch deutschlandweit, mit großer Überzeugung die Zusammenarbeit mit Extremparteien wie den eben genannten ablehnt, meine Damen und Herren.

(Beifall, Zurufe)

Für die CDU ist völlig klar, keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD. Denn das wäre ein krasser Widerspruch zu unseren Grundwerten.

(Zurufe)

Diese Partei duldet bewusst rechtsextremes Gedankengut, Antisemitismus und Rassismus in ihren Reihen. Dies folgt aus der schon fehlenden Distanzierung von Politikern mit Nazidiktion wie Björn Höcke, von dem hier schon ein Zitat gebracht wurde und von dem es ohne Mühe weitere Zitate zu finden gibt, die einen sprachlos zurücklassen, wo er sich beispielsweise mit dem Thema Migrationsgesellschaft befasst. Ich zitiere nur zwei Stellen: „Aber auch in der erhofften Wendephase stünden uns harte Zeiten bevor, denn umso länger ein Patient die drängende Operation verweigert, desto härter werden zwangsläufig die erforderlichen Schnitte werden, wenn sonst nichts mehr hilft.“ Ein weiteres Zitat, ebenfalls aus dem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ aus dem vergangenen Jahr, in dem ein Gespräch mit Höcke verschriftlich worden ist, lautet wie folgt: „Vor allem eine neue politische Führung wird dann schwere moralische Spannungen auszuhalten haben. Sie ist den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet und muss aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwiderlaufen.“ Wovon ist hier bitte die Rede, meine Damen und Herren?

Diese Zitate sprechen für sich, und wir haben hier auch schon in anderen Reden ganz oft Beispiele gehört, die deutlich machen, dass in der AfD Menschen am Werk sind und Politiker Rückhalt haben, mit denen wir uns nicht abgeben wollen, nicht abgeben können, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ganz konsequent lehnt die CDU aber auch eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei ab, allerdings aus anderen Gründen als bei der AfD, aber ebenso entschieden. Das hat nichts mit einer Gleichsetzung zu tun.

(Beifall, Zurufe)

Die CDU wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Sammlungsbewegung von Christen und Nichtchristen, von KZ-Überlebenden und Gewerkschaftern gegründet.

(Zurufe)

Die Erfahrung mit der Katastrophe aus kommunistischer oder faschistischer Gewaltherrschaft einte die Gründungsväter und -mütter unserer Partei in der Überzeugung, dass ein wahrhaft demokratischer Staat nur frei von Ideologien entstehen kann. Die Werte

der CDU stehen im fundamentalen Gegensatz auch zu sogenannten Werten des Sozialismus; und deswegen können wir uns an Wegen, wie Sie sie verfolgen zu einem Systemwechsel, nicht beteiligen.

(Beifall, Zurufe)

Die geschichtliche Verantwortung der Linkspartei, auch für ihre Vorgängerin, die SED, ist ein eigenes Thema.

(Zurufe)

Das Thema ist vorhin hier angeschnitten worden, Herr Zieran, wo es auch um die Frage ging, ob sich die CDU mit der Linkspartei zusammenschließt. Deswegen ist es ein Thema, das wir hier ansprechen dürfen und müssen. Es geht darum, wer aus der Geschichte nichts gelernt hat, und das dürfen wir auch sagen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall)

---

[andere Wortmeldungen]

---

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin ja sehr versucht, einen Teil meiner Rede noch mal vorzutragen, ...

(Zurufe)

... weil es vielleicht nicht angekommen ist in der linken Ecke; ...

(Zurufe)

... aber zwei wichtige Sätze, die vielleicht auch einfach überhört wurden. Das kann ja sein, weil es einfach manchmal auch unangenehm ist, sich Dinge anzuhören, die man selbst anders sieht, das kommt ja in einer demokratischen Diskussion ab und zu mal vor. Der erste Satz war: „Für die CDU ist völlig klar“ ...

(Zurufe)

Ich erkläre Ihnen auch gleich, warum ich das gesagt habe und dass es auch nichts mit Respektlosigkeit oder so zu tun hat. Der eine Satz war: „Für die CDU ist völlig klar: keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD“. Das habe ich aufgeführt. Und dann habe ich gesagt: „Und ganz konsequent lehnen wir als CDU auch eine Zusammenarbeit mit der LINKE.-Partei ab. Aus anderen Gründen als bei der AfD, aber ebenso entschieden.“ Das hat nichts mit einer Gleichsetzung zu tun. Und das habe ich dann auch begründet.

(Beifall)

Und warum habe ich das gemacht? Ich war letzte Woche bei der Mahnwache, hier draußen vor dem Fenster. Einige gute Beiträge sind von denjenigen, die gesprochen haben, gehalten worden, zum Beispiel von Frau Busch. Und dann ist ein großer Teil der Beiträge abgedriftet und war der Meinung, man müsste die Entwicklung in Thüringen abarbeiten und aufarbeiten. Das kann man tun. Aber dann kann es ja wohl nur recht und billig sein, wenn ich heute hier darauf auch antworte und deutlich mache, wo die CDU steht. Das kann doch wohl nicht verkehrt sein. Und ganz ehrlich, dann hätten Sie sich vor einer Woche da hinstellen und sagen müssen, es ist respektlos, hier jetzt über Politik in anderen Bundesländern zu reden.

(Zurufe)

Wenn das eine in Ordnung ist, dann muss das andere heute auch in Ordnung sein. Das tut mir leid.

(Beifall)

Die Belehrung von Frau Stadträtin Weber habe ich zur Kenntnis genommen, aber ich will nur einen Satz aufgreifen. Wenn Sie sagen, Frau Weber, wir müssen endlich aufhören, Shisha-Bars als Ort des Bösen und Brutstätten des Bösen anzusehen, dann frage ich Sie: Wer tut denn das? Wir tun das nicht. Tun Sie das? Deswegen müssen wir damit auch nicht aufhören. Also jedenfalls nicht wir, und ich hoffe, auch nicht Sie.

(Beifall)